



## Niederschrift öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Bildung und Sport

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Mittwoch, 08.01.2003
<b>Sitzungsbeginn:</b>	17:30 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	20:00 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	Hegelallee , Haus 9, Raum 107

---

### Anwesend sind:

Herr Dr. Jeschke, Dieter	SPD	
Herr Prof. Dr. Mitzner, Rolf	SPD	
Frau Otto, Gisela	SPD	
Frau Göttel, Barbara	PDS	
Herr Dr. Steinicke, Alexander	PDS	Leitung der Sitzung
Herr Bretz, Steeven	CDU	
Herr Hugler, Klaus	Grüne/B90	
Herr Fisher, Karl	SPD	
Frau Gülzow, Christine	Grüne/B90	
Frau Roschkowski, Brigitte		bis 19:00 Uhr
Frau Fischer, Gabriele Beigeordnete		
Herr Ofcsarik, Karl		

### Nicht anwesend sind:

Frau Drohla, Hella		Entschuldigt
Herr Malysch, Kornel	SPD	Nicht entschuldigt
Herr Petzold, Harald	PDS	Entschuldigt
Frau Scholtisek, Susanne	CDU	Entschuldigt

### **Tagesordnung:**

#### Öffentlicher Teil

- 1 Protokollbestätigung und Beschlusskontrolle der 51. Sitzung, Tagesordnung
- 2 Finnenbahn  
Vorlage: 02/SVV/0885  
Stadtverordnete Platzeck, Fraktion BürgerBündnis
- 3 Haushalt 2003 1. Lesung  
Überweisungen aus der 60. SVV
  - 3.1 Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für das Haushaltsjahr 2003  
Vorlage: 02/SVV/0946
  - 3.2 Beschluss über das fortgeschriebene Haushaltssicherungskonzept

Vorlage: 02/SVV/0947

- 3.3 Finanzplan und Investitionsprogramm 2002 - 2006  
Vorlage: 02/SVV/0948
- 3.4 Feststellung der Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe  
Vorlage: 02/SVV/0949
- 4 Sonstiges
- 4.1 Terminplanung der AG-Schulentwicklungsplanung
- 4.2 Information aus dem Gespräch mit der Kanzlerin der Uni Potsdam

## **Protokoll:**

### **Öffentlicher Teil**

#### **zu 1 Protokollbestätigung und Beschlusskontrolle der 51. Sitzung, Tagesordnung**

Zu Beginn der Sitzung sind 7 Ausschussmitglieder anwesend. Es wird Beschlussfähigkeit festgestellt.

**Dr. Steinicke** begrüßt die Anwesenden im neuen Jahr. Zum Protokoll der 51. Sitzung gibt es keine Anmerkungen. Aus der Beschlusskontrolle ergeben sich keine Probleme.

Unter Sonstiges soll eine Abstimmung zur Terminplanung der AG-Schulentwicklungsplanung erfolgen. Außerdem liegt zur heutigen Tagesordnung ein Schreiben der Leiterin des Büros der SVV vom 08.01.2003 vor, wonach lt. Empfehlung der Beigeordnetenkonferenz vom 18.12.2002 die DS 02/SVV/0975 - Konzepte des Lindenpark e.V. für den Jugendclub „Spartakus“ und die „Sternwerkstatt“ - im Ausschuss für Bildung und Sport zur Kenntnis gegeben werden soll.

**Frau Fischer** bittet darum, die Beschlussvorlage nicht in der heutigen, sondern in einer der folgenden Sitzungen zu behandeln und einen Vertreter des Bereiches Jugendamt einzuladen. Unter Sonstiges möchte sie eine Information aus dem stattgefundenen Gespräch mit der Kanzlerin der Uni Potsdam geben. Die Ausschussmitglieder folgen diesem Vorschlag.

#### **Beschlussvorschlag :**

Der Ausschuss für Bildung und Sport stimmt dem Protokoll der 51. Sitzung in der vorliegenden Fassung zu.

Die aus der BK überwiesene DS 02/SVV/0975 -Konzepte des Lindenpark e.V. für den Jugendclub "Spartakus" und die "Sternwerkstatt"- wird dem Ausschuss für Bildung und Sport in einer der folgenden Sitzungen zur Kenntnis gegeben.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	6
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	1

zu 2

### **Finnenbahn**

**Vorlage: 02/SVV/0885**

**Dr. Steinicke** verliest den Beschlusstext zum Kletterfelsen aus der Sitzung vom 21.08.2002 und stellt fest, dass dieser für das Problem Finnenbahn nicht viel bringt. Er verweist auf den Vorschlag von Frau Fischer, sich nicht auf den Standort BUGA-Park festlegen zu müssen und schlägt einen Beschlusstext vor.

**Frau Fischer** macht noch einmal auf das Problem der Finanzierung im Buga-Park aufmerksam.

Es folgt die Abstimmung des vorgeschlagenen Beschlusstextes.

#### **Beschlussvorschlag :**

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, einen geeigneten Ort für die unter Regie des Potsdamer Laufclubs (PLC) geplante Finnenbahn mit Rundkurs von mindestens 1000 m festzulegen und eine Zeitschiene für die Realisierung anzubieten. Als Möglichkeiten erster Wahl erscheinen dabei der Luftschiffhafen und der BUGA-Park.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:                    7 dafür                    einstimmig

zu 3

Stadtverordnete Platzeck, Fraktion BürgerBündnis

### **Haushalt 2003 1. Lesung**

#### **Überweisungen aus der 60. SVV**

zu 3.1

### **Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für das Haushaltsjahr 2003**

**Vorlage: 02/SVV/0946**

**Dr. Steinicke** schlägt vor, sich heute durch Nachfragen den Problemen zu nähern und noch keine Abstimmung zu den Vorlagen durchzuführen. Es gibt keine Gegenstimmen. Den Ausschussmitgliedern liegt aus den Bereichen Schule, Sport und öffentliche Weiterbildung eine Gegenüberstellung der Planansätze 2002 und 2003 als Tischvorlage vor.

#### **Bereich Schule - Verwaltungshaushalt**

**Frau Fischer** verweist darauf, dass die ausgereichten Listen nicht spiegelgleich mit dem ausgereichten Haushalt sind. Sie erläutert welche Auswirkungen der Schülerrückgang im nächsten Jahr auf den Schullastenausgleich haben wird. Die Verwaltung hat versucht verantwortungsvoll mit den vorhandenen Mitteln umzugehen, damit es nicht zu Nachteilen für den Schulbetrieb kommt.

**Herr Bretz** sieht die Probleme nicht beim Verwaltungshaushalt, sondern beim Vermögenshaushalt und bittet um gleichzeitige Einbringung und Behandlung.

**Dr. Steinicke** lässt dazu abstimmen.

Abstimmungsergebnis: eine Stimme dafür und 3 Stimmen dagegen.

Es schließt sich die Diskussion der Ausschussmitglieder zum VWH an.

**Dr. Jeschke** erscheint der Rückgang bei der Gebäudebewirtschaftung von 200 T € zu gering. Bei der Kürzung der Lernmittelfreiheit sieht er Probleme. Die Schulen arbeiten nach neuen Lehrplänen und die Schüler haben keine Lehrbücher dafür. Ebenfalls problematisch sieht er die Reduzierung der Mittel für Kopier-technik. Da es in einigen Fächern kein Arbeitsmaterial gibt, schaffen sich die Lehrer dieses durch kopieren. Er fragt nach, warum die Ausgaben für Schülerbeförderungskosten ansteigen und welches Projekt sich hinter dem Zuschuss freier Träger (Schulverweigerer) verbirgt.

**Frau Jonen** beantwortet die Fragen. Aus der Gebäudebewirtschaftung werden u.a. Reparaturen (z.B. für Fenster) bezahlt. Diese nehmen zu. Eine Untersuchung der Kosten für Gebäudereinigung im Jahr 2002 hat ergeben, dass man da nicht mehr sparen kann. Die Ist-Zahlen für die Abrechnung 2002 liegen noch nicht vor, aber es ist hier keine weitere Einsparung möglich. Sie erläutert, dass die Mittel für die Lernmittelfreiheit entsprechend der vorgegebenen Sätze der gültigen Rechtsverordnung des MBS nach Anzahl der Schüler berechnet werden. Die Ausgaben für Kopier-technik sind in den Schulen stark gestiegen. Mit den Schulleitern haben dazu Gespräche stattgefunden. Im Jahr 2003 werden Ausgaben für Internet gesondert erfasst. Im Zuge der Sparmaßnahmen wurde die Anzahl der Kopierer an Schulen begrenzt. Bei den Schülerbeförderungskosten passt man sich dem realen Stand der bestätigten Anträge an. Einen großen Anteil macht die Beförderung von Förderschülern und behinderten Schülern aus, die in andere Orte gefahren werden müssen. Es gibt Kinder, die in Heimen außerhalb von Potsdam untergebracht sind. Dies stellt ein Problem dar. Im Jahr 2002 hat das Geld nicht gereicht. Die Erhöhung für 2003 ist der realen Antragslage angepasst. Hinter dem Zuschuss für Schulverweigerer verbirgt sich das Projekt OASE, welches vertraglich abgestimmt ist.

**Herr Bretz** stellt fest, dass die Schulen auf der unteren Kante von dem fahren, was möglich ist. Er möchte wissen, was passiert, wenn es zu einer Haushaltssperre kommt.

**Frau Fischer** informiert, dass die Planung des Geschäftsbereiches 2 darstellt, was tatsächlich benötigt wird. Es ist kein Puffer enthalten. Eine Haushaltssperre würde zu Lasten der Schulen gehen.

**Frau Gülzow** kann nicht verstehen, warum die Schulen zum Teil nur über Klassensätze verfügen. Es gibt eine jährliche Zuweisung für Lehr- und Lernmittel. Sie möchte wissen, wofür diese Gelder ausgegeben werden.

**Dr. Jeschke** erläutert, dass das Geld für den Kauf aller Bücher für jeden Schüler nicht reicht.

**Herr Bretz** gibt zu bedenken, dass bei Schulausstattung und Lernmitteln gespart wird, aber ein Zuschuss für die BUGA-Nutzung beschlossen wird.

**Frau Benirschke** möchte wissen, wie sich die Euroumstellung auf den Elternbeitrag bei der Lernmittelfreiheit ausgewirkt hat.

**Frau Jonen** erläutert, dass sich die Sätze etwas erhöht haben. Sie informiert, dass in den letzten Jahren die Schulen einen Deckungsring mit 10 Gruppierungen erhalten haben. Darin enthalten sind die Mittel für Lehrmittelfreiheit. Die Schulen können eigenständig innerhalb des Deckungsringes entscheiden. Dadurch hat die Schule einen Spielraum beim Mitteleinsatz und die Möglichkeit Schwerpunkte zu setzen.

**Herr Bretz** fragt, ob man drüber nachgedacht hat, Budgetierung für Schulen einzuführen.

**Frau Fischer** informiert, dass Budgetierung seit einem Jahr praktiziert wird. Frau Jonen hat es gerade erklärt. Die Wirtschaftlichkeit an Schulen kann man nur erhöhen, wenn man sie an den Einnahmen und Ausgaben beteiligt. Ihr liegt ein Strukturpapier des MBS vor, welches demnächst beraten wird. Hier ist Potsdam bereits auf einem guten Weg und weiter als andere Kommunen.

### **Bereich Schule – Vermögenshaushalt**

**Frau Fischer** gibt eine kurze Einführung anhand der Tischvorlage. Sie verweist darauf, dass die große Summe für das OSZ I den VMH 2003 belastet. Von Kürzungen betroffen sind die Sportanlage Schule 9 (350 T€), die Innentoiletten Schule 24 (150 T€), die Innentoiletten und der Speiseraum Schule 12 (700 T€), Fachkabinette in verschiedenen Schulen und Ausstattungen.

**Herr Bretz** stellt fest, dass der Haushaltsansatz 2003 zum Ansatz 2002 erheblich zurückgegangen ist und erinnert an ein Interview, welches Frau Fischer gegeben hat und in welchem sie die Schulsanierung als Schwerpunkt sah. Er bittet Frau Fischer um eine politische Wertung der Schulsanierung. Er möchte wissen welche Perspektiven sie den Schulen aufzeigt und was sie den Stadtverordneten für die Nachbesserung des Haushalts rät. Der Beschluss zur Zusammenlegung der Schulen 36 und 45 erfolgte mit dem Hintergrund Investitionen zu tätigen. Er möchte wissen, welche Investitionen im Haushalt eingestellt sind.

**Frau Fischer** führt aus, dass sich an ihrer Aussage nichts geändert hat. Der Geschäftsbereich hat ein Investitionsbudget erhalten und hat eine Haushaltsklausur durchgeführt. Auch die Beigeordnetenkonferenz hat die Wichtigkeit der Schulsanierung erkannt. Es stand jedoch nicht mehr Geld zur Verfügung. Es sind 5,2 Mio € eingestellt. Diese Summe entspricht annähernd den beschlossenen 12 Mio DM. Das die Fertigstellung des OSZ I den Etat 2003 in dieser Höhe belasten würde, war so nicht vorhersehbar.

**Herr Bretz** zitiert einen Zeitungsartikel. Dort wird festgestellt, dass die Schulsanierung unbefriedigend läuft und Controlling ratsam wäre. Er fragt, ob es Schulinvestitionscontrolling gibt.

**Frau Fischer** informiert, dass es vierteljährlich Abstimmungen zum Mittelverbrauch zwischen den Fachbereichen Schule und Sport und Gebäude- und Liegenschaftsmanagement gibt.

**Dr. Jeschke** bemerkt, dass die Fassade Schule 37/38 im Jahr 2002 realisiert sein sollte. Er möchte wissen, was mit dem Geld aus dem Vorjahr passiert ist.

**Herr Ofcsarik** informiert, dass auf Grund der späten Haushaltsfreigabe die Ausschreibung für die Schule 37/38 nicht mehr erfolgen konnte. Die Maßnahmen beginnen im Januar. Die Mittel wurden aus dem Vorjahr übertragen. Zur Schulsanierung am Stern gibt es ein Finanzierungsmodell, wonach die Finanzierung erst nach Fertigstellung der Baumaßnahme erfolgt. Die jährlichen Investitionsraten sind erst in den Haushaltsjahren 2004/05 einzustellen.

**Frau Jonen** verweist darauf, dass im vorliegenden Haushaltsplan keine Haushaltsreste enthalten sind. Die Einstellung wird erst jetzt beantragt.

### **Bereich Sport – Verwaltungshaushalt**

**Frau Fischer** erläutert, dass die erhebliche Erhöhung des Zuschusses aus der Bugwellenproblematik resultiert. Es gab den Auftrag, das Bugwellenprogramm zu beplanen und die Minderung der Einnahmen zu berücksichtigen. Bei der Sportförderung gibt es eine Reduzierung. Die Verwaltung wird einen Vorschlag erarbeiten, der zur Folge haben soll, dass Mittel, die gestrichen wurden, 2003 wieder eingestellt werden können. Daraus folgt die Umsetzung des Beschlusses, dass bei der Sportförderung 2002,2003, 2004 keine Kürzung erfolgen soll.

**Herr Bretz** verweist darauf, dass der vorliegende Haushalt zur Abstimmung vorliegt. Er möchte wissen, ob konkret damit zu rechnen ist, dass es vor dem Hintergrund der Haushaltskürzung nicht zu Kürzungen kommt und man von der alten Sportförderung von 290 T DM ausgehen kann.

**Dr. Steinicke** sieht die Frage durch Frau Fischer beantwortet.

**Frau Fischer** meint, dass es wie in den Vorjahren an einigen Stellen im Haushalt Korrekturen in Form einer Veränderungsliste geben wird.

**Dr. Jeschke** möchte eine Erklärung, warum der SV Babelsberg 150 T€ Sachkos-

tenzuschuss erhält und warum die Kosten für die Uni Potsdam konstant bleiben, obwohl die Kosten für die Gebäudebewirtschaftung steigen, die Uni also mehr zahlen müsste.

**Frau Fischer** erklärt, dass der Zuschuss für den SV Babelsberg Bestandteil der Beschlusslage aus dem Erbbaupachtvertrag ist.

**Herr Ofcsarik** informiert, dass es mit der Uni Potsdam Verträge entsprechend der Mitnutzung gibt. Diese müssen im Zuge der Kosten- Leistungsrechnung in den nächsten Jahren überprüft werden. Die Erhöhung der Gebäudebewirtschaftung bezieht sich auf neue Gebäude.

### **Bereich Sport – Vermögenshaushalt**

**Frau Fischer** informiert, dass sich Dinge, die im Investitionsprogramm vorgesehen sind im Vermögenshaushalt widerspiegeln.

**Herr Bretz** fragt ob sich Maßnahmen, die der in Aussicht gestellte Sportentwicklungsplan enthalten wird, in der Planung widerspiegeln.

**Frau Fischer** möchte dem Sportentwicklungsplan nicht vorgreifen. Es wird eine entsprechende Pressinformation und eine Vorstellung im Ausschuss geben.

**Dr. Jeschke** fragt nach zum Stand der Sanierung der Motorhalle.

**Frau Fischer** antwortet, dass mit geringem Mitteleinsatz erreicht wurde, dass die Halle nutzbar ist.

**Frau Pichler** möchte wissen, wie der Stand bezüglich der Tennisplätze ist.

**Frau Fischer** informiert, dass der Tennisverein eine Variante erarbeitet hat und es ein Gespräch mit dem Entwicklungsträger gibt. Wenn die Abstimmung zwischen dem künftigen Eigentümer und dem Nutzer erfolgt, könnte die Sache Zustimmung finden.

**Frau Pichler** informiert, dass es für 2002/2003 Anträge für Mittel aus dem Goldenen Plan Ost gab. Es stehen 180 T€ zur Verfügung. Basis für die Verteilung ist u.a. der Sportentwicklungsplan. Mittel hat der FSV Babelsberg 74 erhalten, der auch Jugendarbeit leistet.

**Frau Benirschke** fragt nach, ob der Sportplatz Kurfürstenstraße im VMH berücksichtigt wurde.

**Herr Ofcsarik** informiert, dass er nicht berücksichtigt werden konnte.

### **Öffentliche Weiterbildung – Verwaltungshaushalt**

**Frau Fischer** erläutert die Tischvorlage. Sorge bereitet die Einsparung bei Honoraren. Man müsse sich strecken, um diese durch Einnahmen zu finanzieren.

Beim Tagesinstitut wurden die Mittel reduziert. Die Erwartung, dass Betriebe das Tagesinstitut für Weiterbildung nutzen ist nicht aufgegangen.

Der Ausschuss für Bildung und Sport nimmt die Erläuterungen zur Haushaltssatzung 2003 zur Kenntnis.

## **zu 3.2 Beschluss über das fortgeschriebene Haushaltssicherungskonzept Vorlage: 02/SVV/0947**

**Frau Fischer** informiert, dass es die Arbeitsgruppe HSK gibt. Der Bereich Sport wird überprüft. Die Verwaltung wird für das Wohnheim-Sportinternat eine Entgeltsatzung vorlegen. Im HSK erfolgten einige Korrekturen bei Maßnahmen, die nicht so umsetzbar waren wie sie angedacht wurden.

**Dr. Steinicke** hält es für risikobehaftet Entgeltsatzungen nachträglich zu beschließen.

**Frau Fischer** erläutert, dass sich die Satzung in ihrer Auswirkung noch nicht im Haushaltsplan wiederfindet. Ziel ist, das Internat kostendeckend zu führen.

**Herr Bretz** fragt zu einzelnen Positionen nach. Seine Fragen beantwortet Frau Jonen.

Der Ausschuss für Bildung und Sport nimmt die Informationen zum Haushaltssicherungskonzept zur Kenntnis.

**zu 3.3 Finanzplan und Investitionsprogramm 2002 - 2006**

**Vorlage: 02/SVV/0948**

**Frau Fischer** bittet die Ausschussmitglieder um Fragen.

**Herr Bretz** fragt nach, warum die Investition für den Schulstandort Stern nicht enthalten ist.

**Frau Fischer** sagt zu, dass dies eingearbeitet wird.

**zu 3.4 Feststellung der Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe**

**Vorlage: 02/SVV/0949**

**Dr. Steinicke** stellt fest, dass der Ausschuss für Bildung und Sport für diese Vorlage nicht zuständig ist.

**Beschlussvorschlag:**

Der Ausschuss für Bildung und Sport ist für die Vorlage **nicht zuständig**.

**Abstimmungsergebnis:**

7 Stimmen dafür                      einstimmig

**zu 4 Sonstiges**

**zu 4.1 Terminplanung der AG-Schulentwicklungsplanung**

**Dr. Steinicke** verweist auf die Novembersitzung, wo die Bildung einer AG-Schulentwicklungsplanung beschlossen wurde. Er bittet sich zu einem Termin für die erste Beratung zu verständigen.

**Herr Meck** informiert den Ausschussvorsitzenden, dass die nächste Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft u. Liegenschaften am 19.02.2003 zum Haushalt beraten wird. Dazu werden die Vorsitzenden aller Ausschüsse eingeladen.

**Dr. Steinicke** bittet die Ausschussmitglieder zu einem neuen Termin für die planmäßige Sitzung des Ausschuss Bildung und Sport (19.02.2003) zu verständigen.

**Beschlussvorschlag:**

Zu 1.

Die 1. Sitzung der AG-Schulentwicklungsplanung beginnt am 15.01.2003 um 17.30 Uhr im Haus 5, Raum 113.

Zu 2.

Der nächste Ausschuss für Bildung und Sport beginnt am 11.02.2003 um 17.30 Uhr im Haus 9, Raum 107.

**Abstimmungsergebnis:**

Zu 1.

Keine Gegenstimmen

Zu 2.

5 Stimmen dafür

**zu 4.2**

**Information aus dem Gespräch mit der Kanzlerin der Uni Potsdam**

**Frau Fischer** informiert über ein Gespräch mit der Kanzlerin der Universität Potsdam, welches zweimal jährlich stattfindet und zur Tradition geworden ist. Die Kanzlerin hat angeboten, wenn es gewünscht wird in den Ausschuss für Bildung und Sport zu kommen, um zu erfahren, welche Erwartungshaltungen es seitens der Stadtverordneten an die Universität gibt. Gleichzeitig bietet sie an, dies aus Sicht der Universität darzustellen und möchte Anregungen von den Stadtverordneten mitnehmen. Terminvorschlag wäre März.

**Beschlussvorschlag:**

Der Ausschuss für Bildung und Sport wird anstreben, die Kanzlerin der Universität Potsdam für die Märzsession einzuladen.

**Abstimmungsergebnis:**

Keine Gegenstimmen